

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bezugspreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 18 Hfr., die Reklamezeile 45 Hfr. / Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 M., die Einzelnummer kostet 10 Hfr. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Ersatzung der Zeitung / Verlags-Konto Stuttgart 5780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 100

Altensteig, Donnerstag den 1. Mai 1930

53. Jahrgang

Das Gutachten des Reichsparkommissars

Weitere Einzelheiten und Reformvorschlage

Das Gutachten bedauert, das im Jahr 1924 eingeführte Zwei-Instanzen-System mit der Aufhebung der Kreisregierung nicht völlig durchgeführt worden ist. Die Innenverwaltung ist immer noch das Bild einer überlasteten und in ihrer Personalbesetzung außerordentlich stark gesteigerten Zentralbehörde. Das Gutachten schlägt vor, die verschiedenen getrennten Ministerialabteilungen, sowie noch einige andere, dem Innenministerium unmittelbar unterstehenden Behörden unter einheitlicher Leitung zusammenzufassen und zwar sowohl technische als reine Verwaltungsbehörden. Ferner soll das Verwaltungsverfahren und Verwaltungsgerichtsbarkeit vereinfacht werden.

Reformziele bei den Ministerien

1. Staatsministerium. Das Staatsministerium ist nach dem Gutachten verhältnismäßig stark besetzt. Künftig soll die beim Staatsministerium gebildete besondere Kommission zur Ausarbeitung wichtiger Gesetzesentwürfe aufgehoben werden. Das für diesen Zweck bereits gestellte Personal kann eingespart werden. Die Gesetzesentwürfe sollen wie bisher bei dem Ressortministerium ausgearbeitet werden. Auf die Dauer würde die Unterhaltung eines einheitlichen großen Regierungsgebäudes sich bestimmt wesentlich wirtschaftlicher gestalten als der gegenwärtige Zustand. Hinsichtlich der für den Landtag erforderlichen Aufwendungen hat eine vergleichende Nachprüfung ergeben, daß die Belastung des Landes mit diesen Kosten, auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, die dritthöchste im Reich unter den vergleichbaren Ländern an erster Stelle steht. Die verhältnismäßig hohe Gesamtbelastung kann nur daraus erklärt werden, daß Württemberg im Vergleich zu seiner Einwohnerzahl eine verhältnismäßig zu hohe Zahl von Abgeordneten besitzt. Ihre Zahl soll mindestens auf 72 herabgesetzt werden.

2. Der Geschäftsbetrieb und die Arbeitsweise des Justizministeriums ist als zweckmäßig anzusehen. Die Zahl der Ministerialreferenten soll aber künftig verringert und gewisse Dienstauswahlsangelegenheiten dem Oberlandesgerichtspräsidenten übertragen werden. Auch das Recht der Begnadigung sollte im weiteren Umfang auf nachgeordnete Stellen delegiert werden.

3. Innenministerium. Hier erörtert das Gutachten die Frage der Wiedereinrichtung der Wirtschaftsverwaltung mit der Innenverwaltung. Eine einfache Zusammenlegung beider Ministerien ohne Reorganisation würde sich nicht empfehlen, da sich sonst eine Besetzung mit etwa 50 Referenten ergeben würde. Bist sich aus politischen Gründen eine Vermehrung der Zahl der Minister nicht vermeiden, so darf dadurch grundsätzlich eine Zusammenlegung von Fachministerien, die aus Gründen einfacher und wirtschaftlicher Verwaltungsorganisation geboten erscheint, nicht gehindert werden. Die Ergänzung der Regierung kann und muß in derartigen Fällen ohne Schaden für den parlamentarischen Gedanken durch Hinzutritt von Ministern ohne Portefeuille ermöglicht werden. Bei einer Zusammenlegung beider Ministerien wäre das Innenministerium in folgende zwei Hauptgeschäftsstellen zu zerlegen: 1. Innenverwaltung, 2. Wirtschaftsförderung, mit je einem Ministerialdirektor. Für die Zentralbehörden der Innenverwaltung errechnet das Gutachten eine Ersparnis von 380 000 Mark.

4. Kultministerium. Zur Kultverwaltung stellt das Gutachten fest, daß die auch von der Denkschrift zum Landeshaushaltgesetz vorgeschlagene einheitliche Einrichtung der Oberschulbehörden als Landesmittelbehörden oder Landesämter organisatorisch als die zweckmäßigste Lösung zu bezeichnen sein wird. Hinsichtlich der funktionellen Trennung der Volkshochschulverwaltung nach den beiden Hauptbegriffen, einer Besonderheit des Landes, schlägt das Gutachten eine Änderung nicht vor.

5. Finanzministerium. Das Finanzministerium ist nach dem Gutachten bereits ausreichend entlastet, jedoch Vorschläge im Sinn einer weiteren Entlastung nicht zu machen sind. Bei der Haushaltsordnung ist vor allem folgenden vier Gesichtspunkten

Beachtung zu tragen: 1. tunlichste Befestigung des Grundjahres „keine Ausgabenbewilligung ohne Deckung“, 2. tunlichst sparsame Bewirtschaftung der Haushaltsmittel durch Erweiterung der Rechte der obersten Prüfungsbehörde, 3. tunlichste Stärkung des Einflusses des Finanzministers und 4. tunlichste Konzentration aller Staatsgelder in seiner Hand.

Welche Summe kann einspart werden?

Die Frage läßt der Reichsparkommissar unbeantwortet. Es kommt ihm nämlich nicht auf die Summe an, sondern auf die Verwaltungsreform. Die Sparsummen hängen sich von selbst während und nach der Durchführung der Reform ergeben. In zahlreichen Stellen wird die Zahl der Beamten oder der Geldbetrag angegeben, welcher in dem gemachten Vorschlag fest. Einzelne solcher Sparzahlen sind hier:

Vergrößerung der Oberämter	1 190 000 M.
Vergrößerung der Amtsörperschaften	4 479 000 M.
Vergrößerung der Amtsgerichte	789 000 M.
Innenministerium mit Abteilungen	382 000 M.

Auf den ersten Blick scheinen diese Zahlen hoch, doch sind sie angesichts der 240 Millionen, welche der württembergische Haushalt umfaßt, verhältnismäßig klein.

Die Amtsörperschaften

Die Bezirksvergrößerung dringt für die Amtsörperschaftsverwaltung Ersparnisse an Verwaltungsaufwand mit sich. Die Verzinsung beruht hier im wesentlichen auf der Zusammenfassung gleichartiger Arbeit und der dadurch bedingten besseren Ausnutzung der Arbeitskräfte, sowie auf dem geringeren Bedarf an Verwaltungsgebäuden. Das Gutachten schätzt die Ersparnis bei der Amtsörperschaftsverwaltung auf 1 034 000 Mark, das sind nicht weniger als 11,2 Prozent der Gesamtumlage der württembergischen Amtsörperschaften, die im Jahre 1927 26 962 000 M. betrug. Darüber hinaus müssen noch besonders die hohen Ersparnisse in Betracht gezogen werden, die bei der Straßenverwaltung, als einer technischen Verwaltung gemacht werden können. Wenn diese Ersparnisse auch zahlenmäßig nur schwer fahbar sind, so lenkt doch ein, daß die Vergrößerung der Bezirke eine weit rationellere Ausnutzung des technischen Apparates (z. B. des Walzwerks), rationellere Beschaffungsmöglichkeiten für die Materialien, die Aufstellung grobkubiger, auf mehrere Jahre angelegter Straßenunterhaltungspläne sowie eine bessere organisatorische Zusammenfassung des Straßenwärtersdienstes ermöglicht. Für die Zwecke des Straßenbaus und der Straßenunterhaltung müssen selbst wesentlich größere Bezirke noch edler als zu klein als zu groß angesehen werden; auch nach Durchführung einer Neuabteilung darf es daher an Bemühungen des Staates und des Verbandes der Amtsörperschaften nicht fehlen, möglichst viele Amtsörperschaften zu Straßenbau- und -unterhaltungsgemeinschaften zusammenzuschließen. Der gegenwärtige Zustand, bei dem auch die kleinsten und leistungsunfähigen Amtsförderhaften Strohenlöcher zu tragen haben, ist jedenfalls unhaltbar. Abgesehen von der daraus resultierenden Umlagebelastung gerade der kleinen steuerchwachen Gemeinden werden die Bau- und Unterhaltungskosten dieser Amtsörperschaften vielfach darum unwirtschaftlich bleiben, weil sie sich kein ausreichend geschultes und auf der Höhe der technischen Erfordernisse stehendes Personal zu halten vermögen; manchen unter ihnen dürften auch nicht die Mittel zur Verfügung stehen, um sich die für eine einigermaßen wirtschaftliche Straßenunterhaltung erforderlichen Materialien zu beschaffen. Der Ausweis innerhalb der neuen vergrößerten Amtsörperschaften wird sich im wesentlichen zu Gunsten der großen Gemeinden und des in ihr ansässigen Gewerbes vollziehen. Das Gewerbe wird etwaige steuerliche Mehrbelastungen — bei schlechterer Verwirklichung der Einsparungen, die auf der Grundlage der Neuabteilung möglich sind, werden sie sich vermeiden lassen — auf sich nehmen müssen. Vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft stehen wirtschaftliche und ideale Werte auf dem Spiel, deren Erhaltung in keinem einzelnen wohlverstandenen Interesse liegt.

Dr. Schober bei Briand

Frankreichs „wohlwollende Einstellung“

Paris, 30. April. Der österreichische Bundeskanzler Schober hatte Dienstag eine lange Unterredung mit Minister des Äußeren Briand. Ueber die Unterredung gibt das Außenministerium einen Bericht ein, in dem es heißt:

Dr. Schober hatte Gelegenheit, Briand über die gegenwärtige Außen- und Innenpolitik Österreichs, sowie über dessen Wirtschaftslage zu informieren. Er erinnerte ihn vor allem an die Verpflichtungen, die Österreich durch seine geographische Lage in Mitteleuropa auferlegt werden, wo es eine Stütze der Ordnung im Dienste des europäischen Friedens bilde. Der Bundeskanzler hat ferner Briand seinen Dank für die Österreich in der Vergangenheit und namentlich auf der Haager Konferenz gewährte Unterstützung Frankreichs zum Ausdruck gebracht.

Briand beglückwünschte den Bundeskanzler zu den für Österreich erfreulichen Ergebnissen und gab Dr. Schober die Versicherung, daß Frankreich weiterhin in seinen Beziehungen zu Österreich die gleiche wohlwollende Einstellung wie in der Vergangenheit zeigen werde.

Der österreichische Bundeskanzler wird in Paris mit außerordentlicher Freundlichkeit behandelt. Das Organ der englischen Arbeiterpartei „Daily Herald“ veröffentlichte dieser Tage einen Brief der österreichischen Regierung an den Völkerbund, aus dem allgemein geschlossen wurde, Schober wolle nun so rasch wie möglich an die

Entwaffnung der verschiedenen politischen Kampfformationen in Österreich schreiten. In Paris hat, wie ich höre, der Bundeskanzler bisher über diesen Gegenstand mit niemandem, auch nicht mit Briand gesprochen. Dagegen machte er verschiedenen Pariser Zeitungen Mitteilungen über seine Politik, in denen er durchweg die Absicht Österreichs betonte, mit allen Staaten gute Beziehungen zu unterhalten, in besonders herzlichen Beziehungen aber natürlich zu Deutschland zu bleiben. Es ist offenbar eine Antwort auf die Angriffe der hiesigen sozialistischen Presse, wenn Bundeskanzler Schober im „Tempo“ erklärte, daß die jüngste Verfassungsänderung in Österreich nichts weniger als antidemokratisch sei und das Antiterrorgesetz ausschließlich dem sozialen Frieden und nicht etwa der Unterdrückung der Arbeiterklasse zu dienen habe. Auf die besondere Frage eines Mitarbeiters des „Journal des Debats“ nach dem Anschluß antwortete Schober mit der Formel:

„Ein Volk, zwei Staaten“

Dienstag mittag gab Briand zu Ehren des Bundeskanzlers ein diplomatisches Diner, dem auch der deutsche Botschafter Herr v. Hoch beiwohnte.

Ladieu ist gestern abend um zwei Tage früher, als er ursprünglich beabsichtigt hatte, nach Paris zurückgekehrt. Er wird ebenso wie der Präsident der Republik den österreichischen Bundeskanzler Schober heute nachmittag empfangen.

Die deutschnationale Parteibesprechung

Berlin, 1. Mai. Zu der heute abend stattfindenden Sonderversammlung der deutschnationalen Fraktionsmehrheit hat Graf Westarp Einladungen an folgende Abgeordnete ergehen lassen:

Bachmann, Bazille, Dingler, Domich, v. Drpanner, Fromm, Germs, Gottheiner, Haag, Hampe, Hartmann, Borbeck, Lind, Mengel, Ohler, Philipp, Bremer, Rabemacher, Reichert, Freiherr v. Richthofen, Sachs, Schmidt (Stettin), Schröter (Liegnitz), Schulz (Bromberg), Staffelsch, Stratmann, Vogt, Walraf.

In dem Brief des Grafen Westarp heißt es, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge: „Gegen den in der Anlage beigefügten Beschluß des Parteivorstandes vom 25. d. M. habe ich lebhaften Einspruch erhoben. Mit mir haben 15 Herren dagegen gestimmt. Ich habe vor und nach Annahme des Beschlusses folgende Vorbehalte erklärt: Entgegen der Kritik an der Abstimmung der Fraktionsmehrheit vom 12. und 14. d. M. müßte ich mir vorbehalten, meinen Standpunkt auch weiterhin in der Öffentlichkeit zu vertreten. Ferner müßte ich mir vorbehalten, mich gegebenenfalls der in den beiden letzten Sätzen des getriggen Parteivorstandesbeschlusses vorgesehenen Entscheidung des Herrn Parteivorstehenden nicht zu fügen. Ich habe außerdem erkennen lassen, daß meiner Überzeugung nach die gleichen Vorbehalte auch von anderen Mitgliedern der Fraktion gemacht werden. Dabei habe ich zur Begründung u. a. ausgeführt, daß in den beiden letzten Sätzen des Parteivorstandesbeschlusses ein nach meiner Auffassung unzulässiger Eingriff in die Abstimmungsfreiheit des einzelnen Abgeordneten liege.“

Verhandlungen des Sicherheitskomitees

Gedächtnis-Schwierigkeiten durch Frankreich und Polen

Genf, 30. April. Das Sicherheitskomitee hat mit der Aussprache über eine allgemeine Konvention begonnen, durch die die Kriegsverhütung Mittel verstärkt werden sollen. Schon zu Beginn der Diskussion zeigten sich, wie erwartet, große Schwierigkeiten. Hinsichtlich Frankreich, der die Aussprache eröffnen mußte, war sofort das ganze Sanktions- und Kontrollproblem auf. Es mußte genau festgestellt werden, was unter den einschneidenden Verfügungen des Rates zur Verhütung des Ausbruchs von Feindseligkeiten zu verstehen sei. Für den Fall ihrer Verletzung müßte außerdem eine allgemeine, genau zu umschreibende Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung desjenigen Staates aufgestellt werden, der sich an die Verfügungen des Rates hält. Diesen weitreichenden Forderungen trat Lord Robert Cecil entgegen. Im Augenblick handele es sich lediglich darum, die moralische Verpflichtung der Völkerbundstaaten zur Einhaltung der Empfehlungen des Rates in eine juristische umzuwandeln. Die Sanktionen, die Kaschall verlangte, seien bereits in Artikel 16 vorgesehen.

Nachdem die Vertreter Japans und Italiens ihre Bedenken gegen die Aufstellung einer allgemeinen Konvention vorgebracht hatten, lenkte der deutsche Vertreter, Gesandter Göppert, die deutsche Auffassung dar. Den englischen Abänderungsanträgen, die im wesentlichen eine Bezugnahme auf den Kelloggakt vorläßen, stimmte er weitgehend zu. Zu den französischen Ausführungen über das Sanktionsproblem erklärte Gesandter Göppert: Die Erreichung einschneidender Sanktionen im Fortbestand eines Konfliktes wäre geradezu gefährlich, da dadurch jeder weiteren Entwicklung der Vermittlungsmöglichkeit das Recht abgegriffen würde. Am Schluß der Vormittagssitzung kam es noch zu einer interessanten Erklärung des polnischen Vertreters Sosal, der eine sofortige Abstimmung des Ausschusses darüber beantragte, ob

Überhaupt eine allgemeine Konvention aufgestellt werden soll oder nicht. Sokal hätte dazu, er könne schon jetzt erklären, daß Polen gegen eine allgemeine Konvention stimmen werde.

Lord Robert Cecil und der Vorsitzende Lindens betonten, daß die letzte Völkerbundversammlung dem Sicherheitskomitee den Auftrag zur Untersuchung ergehen habe, ob die Aufstellung einer allgemeinen Konvention nötig sei. Es müsse dementsprechend diese Frage zunächst in Unterabteilungen geklärt werden, bevor zu einer Abstimmung geschritten werden könne.

Thüringen und das Reich

Besuch des Staatssekretärs Zweigert in Weimar

Weimar, 30. April. Staatssekretär Zweigert hat die zwischen dem Reich und Thüringen bestehenden Meinungsverschiedenheiten in einer eingehenden Konferenz mit dem Vorsitzenden und den beteiligten Mitglieðern des thüringischen Staatsministeriums besprochen. Gegenstand der Aussprache bildete zunächst die Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob der Paragraph 3 Absatz 1 des thüringischen Ermächtigungsgesetzes mit Artikel 129 der Reichsverfassung, wonach die wahlberechtigten Rechte der Beamten unverletzlich sind, vereinbar ist. Die Rechtsfrage wurde nochmals durchgesprochen. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Frage soll deshalb, wie schon früher in Aussicht genommen war, zur Entscheidung des Reichsgerichts gebracht werden. Eine Entscheidung ist in Kürze zu erwarten. Ferner brachte Staatssekretär Zweigert eine Reihe von Mitteilungen zur Sprache, die dem Reichsminister des Innern von verschiedenen Seiten, insbesondere auch aus der Presse, bekannt geworden sind und die sich in der Hauptsache auf politische Strömungen in der Landespolizei Thüringens beziehen. Die einzelnen Fälle wurden erörtert. Soweit eine Aufklärung noch nicht möglich war, hat die thüringische Regierung zugesagt, die Fälle nachzuprüfen und dann dem Reichsminister des Innern weitere Mitteilungen zu machen. Was insbesondere die Nachricht über Veränderungen in der thüringischen Schutzpolizei betrifft, so hat die thüringische Regierung nochmals aus ihrem dem Herrn Reichsminister Dr. Wirth abgegebene Erklärung verwiesen, daß seit dem Dienstantritt des Herrn Ministers Friedt irgend welche Reueinstellungen oder Entlassungen von Polizeibeamten nicht vorgenommen worden seien.

Die polnischen Grenzverletzungen

Scharfer deutscher Einspruch

Berlin, 30. April. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, wird die deutsche Regierung den Gesandten in Warschau anweisen, mit allem Nachdruck gegen die verschiedenen Grenzverletzungen durch polnische Militärflüge Beschwerde zu führen und darauf hinzuweisen, daß die deutsche Regierung es auf keinen Fall dulden könne, daß eine Wiederholung systematischer Flüge in österreichisches Gebiet durch polnische Militärflugzeuge, etwa wie im Vorjahr, auch in diesem Jahre stattfinden. Die polnische Regierung wird gebeten, die Schuldigen zu bestrafen und es sicher zu stellen, daß eine Wiederholung solcher Grenzverletzungen nicht vorkomme.

Die polnische Regierung hatte im vorigen Jahre erklärt, daß sie eine ernsthafte Erinnerung gegen das Ueberfliegen der deutschen Grenze an ihrer Militärlieger richten werde. Seitdem sind die Ueberfliegen bis zur letzten Zeit unterblieben. In der letzten Woche sind aber wiederholt Ueberfliegen der deutschen Grenze erfolgt.

Von unterrichteter Seite wird darauf hingewiesen, daß bei einer Reihe von Ländern Bestellungen bestehen, die gewisse Maßnahmen für den Fall eines unberechtigten Ueberfliegens vorsehen. In Deutschland besteht eine Verordnung vom 11. Dezember 1924, deren Inhalt ist, daß die Polizei Luftfahrzeuge, die die Grenze verletzen, zum sofortigen Landen durch Signale mit Rauchentwicklung veranlassen kann. Sie ist berechtigt,

falls unter Aufforderung nicht Folge geleistet wird, das Niederlegen solcher Flugzeuge zu erzwängen. Die Schwierigkeit besteht übrigens nicht nur für Deutschland, sondern ganz allgemein. Das Auswärtige Amt hat bei sämtlichen dafür in Betracht kommenden Staaten festgestellt lassen, wie die anderen Staaten zu dieser Sache stehen und was ihre Bestimmungen besagen. Dabei hat sich herausgestellt, daß überall diese Frage unbestimmt behandelt ist und daß man überall große Vorsicht walten läßt hinsichtlich ihrer Bestimmung über das Abschießen.

Die polnische Regierung hat Deutschland gegenüber im vorigen Jahre erklärt, daß die Flugzeuge sich nur verirrt hätten. Ob wirklich Unachtsamkeitsabsichten vorliegen, ist nicht so genau zu beurteilen. Natürlich kann es vorkommen, daß sich ein Flugzeug verirrt. Wenn sich aber die Fälle so stark wiederholen wie im Vorjahr, dann scheint die Möglichkeit von Verirrungen nicht gegeben. Die deutsche Regierung nimmt also an, daß andere Gründe für die Grenzverletzung vorliegen.

Neues vom Tage

Der Drang zur Reichswehr

Nach Mitteilung des Reichsweheministers ist für 1930 das Angebot für die in der Reichswehr in Frage kommenden Laufbahnen für Abiturienten weit höher als der Bedarf. Beim Heer beträgt der Bedarf für die Offizierslaufbahn jährlich 150 Anwärter (Angebot 1930: 800), für die Sanitätsoffizierslaufbahn 15 (300), Veterinäroffizierslaufbahn 10 (120), Heeresbeamtenlaufbahn 45 (250). In der Marine ist für die Seeoffizierslaufbahn ein jährlicher Bedarf von 45 (Angebot 1930: 375), für Ingenieuroffiziere 13 (120), Sanitätsoffiziere 6 (133), Marinezahlmeister 6 (39).

Die Provisionsgeschäfte des Stadtoberinspektors

Berlin, 30. April. Der Beschluß der geizigen Stadterordnetenversammlung, die Vorgänge in der städtischen Schulverwaltung nachzuprüfen, die zur Suspensionierung des Stadtoberinspektors Buchholz geführt haben, wird, der „B.Z.“ zufolge, zur sofortigen Verrechnung des Stadtschulrats Rübahl führen. Rübahl, der sich infolge einer Gallensteinoperation in einem Sanatorium befindet, wird beschuldigt, nicht nur davon gewagt zu haben, sondern auch nicht dagegen eingeschritten zu sein, daß der Stadtoberinspektor Buchholz von Firmen, die Bedarfsartikel für die Schule lieferten, insgesamt 186 000 RM. an Provision einnahm.

Verlängerung des Syndikats im Ruhrbergbau

Berlin, 30. April. Durch Verordnung des Reichswirtschaftsministers ist das mit dem 30. April 1930 ablaufende Syndikat im Ruhrbergbau um einen Monat verlängert worden. Die vor dem 1. April geltende freiwillige Regelung der Syndikatsverhältnisse sind damit für den Monat Mai aufrechterhalten.

Die jähliche Regierungskrise

Dresden, 30. April. Der Vorsitzende der demokratischen Landtagsfraktion, Minister a. D. Dr. Dehne, hat ein Schreiben an den Führer der völksparteilichen Fraktion, Oberbürgermeister Dr. Blüher, gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß die wochenlangen Verhandlungen die Unmöglichkeit einer Bildung einer wie immer gearteten politischen Koalitionsregierung ergeben hätten. Er schlägt vor, die gegenwärtige Krise durch Bildung eines unpolitischen Beamtenkabinetts zu lösen, etwa unter Führung eines der bisherigen Beamtenminister Dr. Richter oder Dr. Mannsfelder. Zum Schluß richtet Dr. Dehne an Oberbürgermeister Dr. Blüher die Bitte, den Vorschlag den in Frage kommenden Parteien zu unterbreiten.

Weiße gegen farbige Matrosen in England

London, 29. April. Der seit langem herrschende Streit wegen der Einstellung farbiger Matrosen auf britischen

Schiffen in Zeiten der Arbeitslosigkeit unter den weißen Seeleuten, führte heute in North Shields (Northumberland) zu blutigen Zusammenstößen zwischen farbigen und weißen Matrosen. Die farbigen gingen mit Taschenmessern und Kastermessern vor. Vier Weiße wurden erstickt. Die Polizei griff mit Gummiknüppeln ein und verhaftete 17 Farbige.

Aus Stadt und Land

Montag, den 1. Mai 1930.

Amthches. Der Staatspräsident hat u. a. Oberlehrer Grieb an der evangelischen Volkshule in Nagold auf Ansuchen in den Ruhestand versetzt. Die Oberlehrer Kimmmerle an der evangelischen Volkshule in Baiersbrunn und Riehle an der evangelischen Volkshule in Freudenstadt treten kraft Gesetzes mit Ablauf des Monats Juli 1930 in den Ruhestand. — Gerichtsvollzieher Kefler bei dem Amtsgericht Ulm wurde zum Gerichtsvollzieher in Horb ernannt.

Mai

Der Bonnemont

„Im wunderschönen Monat Mai,
Als alle Knospen sprangen,
Da ist in meinem Herzen
Die Liebe aufgegangen.
Im wunderschönen Monat Mai,
Als alle Vögel sangen,
Da hab ich ihr gestanden
Rein Seinen und Verlangen.“

Mit diesen schönen Versen besingt Heinrich Heine den Monat Mai. Der Bonnemont zeigt sich schon jetzt in seiner schönsten Pracht. Selbst der April hat uns das Scheiden von dem wacker-wendischen Gesellen schwer gemacht. Gut gekannt besuchte er uns Sonnenschein, Wärme, worauf wir zu Ostern vergebens gewartet hatten, das trat ein paar Tage danach ein. Das große Blüten in der Natur hat besonnen. Im Mai werden viele Ziersträucher sich mit der bunten Pracht der Blüten schmücken, in Kürze wird der Flieder aufbrechen, die Maiglöckchen blühen, und Feld und Wald fällt sich mit Blumen. Die Aussaat des Sommergetreides geht ihrem Ende entgegen, auch die Kartoffeln sind größtenteils in der Erde. Jetzt beginnt die frohe Erwartung auf die kommende Ernte.

Da kann es nicht wundernehmen, daß abendend Wetterprognosen gestellt werden. Ein trockener Mai ist bei den Bauern meist beliebt.

Trockener Mai — Wehgeschrei,

Feuchter Mai bringt Glück herbei.“

Und dasjenige laßt auch der Vers:

„Ist der Mai recht heiß und trocken,
kriegt weder Bauer noch Städter Broden.
Ist er aber feucht und kühl,
dann gibts Frucht und Futter viel.“

Sehr kurz und draßlich wird über den Mai gesagt:

„Ist der Mai trocken, so ist ein dürres Jahr zu erwarten.“

Am bekanntesten ist wohl der Vers:

„Mai kühl und nah,
füllt dem Bauer Scheuer und Foh.“

Selbst in Kinderreimen kommt das Matwetter vor:

„Matregen, komm herab,
fall auf mich, dann machste ich.“

Und wer hat nicht auch in seiner Jugend gejunen:

„Matkater flie, dein Vater ist im Krieg,
deine Mutter ist im Pommerland,
Pommerland ist abgebrannt,
Matkater flie.“

Friedrich Augsburger

Ein frederizianischer Roman von Wolfgang Mörken
Urheber-Rechtschuh durch Verlag Oskar Meißner, Weidau
(7. Fortsetzung.)

„Ach — red' — red' — Er doch — doch nicht. Weißt Er — weißt Er, wer hier war? Seine — Seine Ma — ma — ist ja — hat meinem hochwohl — hochwohlblühlichen Galt erlaubt, daß er kann laufen, solange er mag. Höört Er! Er kann — kann — hupp — laufen, solange es ihm — hupp — recht ist.“

Der Polizeigewaltige sah den Wirt erstaunt an.

„Der König war da und hat ihrem Galt erlaubt . . .“
sagte er ehrfurchtsvoll und wollte sich demot zurückziehen.
„Bleib' Er — hupp — lauf' Er mit.“

Und der Polizeidiener setzte sich nach vielen Bücklingen zu dem fröhlichen Schmied. Er ließ sich nicht nötigen, sondern sagte herzhaft zu. Die Gelegenheit kam nicht so bald wieder.

Da erklang plötzlich Pferdegetrappel vor der Tür. Die Zehenden horchten auf, Sie hörten, wie Reiter abläßen. Die Tür öffnete sich und drei Mannen von Schloß Rheinsberg traten ein.

„Herr Wirt, bei Ihm logiert ein Herr Friedrich Augsburger.“

„Jawohl, Sergeant. Hier sitzt er selber.“
Der Sergeant nahm Stellung und salutierte mit dem Säbel.

„Se. Majestät lassen Euer Gnaden bitten, unverzüglich nach Schloß Rheinsberg zu kommen. Ich habe Order, Euer Gnaden unter allen Umständen mitzubringen.“

„Der König will Euch heut' noch sehen“, flüsterte der Wirt ehrfurchtsvoll.

Friedrich Augsburger war wenig erbaut, aber er fügte sich dennoch.

„Es ist gut, Sergeant, ich werde Ihm folgen. Hat Er ein gutes Pferd für mich mit?“

„Seine Königliche Hoheit haben den „Erid“ für Euer Gnaden zur Verfügung gestellt.“

„Dann vorwärts, meine Freunde, daß ich herzlich wenig Lust hab', werdet Ihr Euch denken können. Ich bin hundemüde. Aber der König ruft.“

Ein paar Augenblicke später sah er zu Pferd, und im scharfen Galopp ging es nach Schloß Rheinsberg.

Der Wirt aber und der Polizeidiener tranken getührt und erschüttert weiter. Sie fielen sich abwechselnd um den Hals und versicherten sich gegenseitig, daß sie immer die besten Freunde bleiben wollten.

Als die kleine Kavalkade auf Schloß Rheinsberg anlangte, wurde Friedrich Augsburger sofort zu dem diensthabenden Offizier, Leutnant von Kleist, geführt, der den jungen Mann mit größter Hochachtung begrüßte.

„Bitte folgen Sie mir.“
Bewundert tat es der junge Schmied. Sie gingen verschiedene Treppen, Galerien und Zimmer durch, bis sie in einem Saale anlangten, in dem schon verschiedene Diener mit allen möglichen Kleidungsstücken warteten.

„Was soll ich hier?“
„Umkleiden gemäß Befehls seiner Majestät.“

„Was soll der Kastenscherz?“ sagte Friedrich unwillig.
„Zügel Sie sich in alles. Man will Ihnen bestimmt wohl“, flüsterte ihm der junge Offizier zu und half ihm selbst in die Uniform eines Garde-Mannes-Rittmeisters.



„Sehen Sie sich im Spiegel an. Das Kleid steht Ihnen excellent.“

Zögernd tut es Friedrich, und als ihm der Spiegel sein Bild zurückschickte, da sieht er zum erstenmal, daß er tatsächlich ein schöner Mann ist. Und die Entdeckung bedrückt ihn fast, macht ihn verlegen, das Blut steigt in seine Wangen.
„Folgen Sie mir bitte!“
Der Leutnant schreitet voran und öffnet plötzlich eine Flügeltür, die in den großen Saal von Rheinsberg führt.

Befehlsgemäß meldet er: „Euer Majestät, melde gehorsamt, Preußens schönster Mann ist zur Stelle.“

Friedrich Augsburger steht an der Tür. Finsternis ist sein Antlitz. Wilder Jörn prüht aus seinen Augen.

„Tret' Er näher, Rittmeister von Augsburger“, hört er die Stimme des Königs. Aber er rührt sich nicht.

Der Kronprinz, der dicht an der Tür steht, flüstert ihm erregt zu: „Tret' Er näher. Tu' Er mir um Gottes willen den Gefallen. Es soll Sein Schaden nicht sein.“

Angst klingt aus den Worten des Kronprinzen, und Friedrich Augsburger tritt zum König.

Die Augen der Anwesenden hängen wie gebannt an der stattlichen Erscheinung des schönen Mannes. Wahrlich, das ist Preußens schönster Mann. Apollo konnte nicht schöner gewesen sein.

Der König sieht, welch starken Eindruck die Erscheinung seines Schützlings auf die Anwesenden macht.

„Es ist gut, daß Er gekommen ist, Augsburger. Er sah wohl noch beim Wein?“

„Jawohl, Ew. Majestät. Aber der Wein war immer noch nicht alle, als ich reiten mußte.“

„Er macht ein finsternes Gesicht. Es ist Ihm wohl gar nicht recht, daß Ihn sein König zu sich ruft?“

„Den Ruf Ew. Majestät weiß ich zu schätzen. Aber zum Karrenspiele zu kommen, behagt mir herzlich schlecht.“

„Da, ha“, lacht der König auf. „Er wird wieder grob. Hör' Er, ich will Ihm wohl, aber das Grobwerden, das muß Er sich abgewöhnen, versteht Er mich. Seine Kerls und Seine Leutnants, die mag Er anpfeifen wie Er will, aber Seinen König nicht mehr. Hat Er gehört. Er ist Rittmeister und folgt mir nach Berlin.“

Friedrich Augsburger steht stumm und sagt kein Wort, bis ihn der König anspricht: „Steh' Er nicht da wie ein Kloß. Zeig' Er, daß Er ein Kavallerist ist. Fröh, stell' er den Rittmeister von Augsburger seiner Conduite vor.“

Der Kronprinz tritt zu dem immer noch kumm stehenden Friedrich und stellt ihn den Damen und Herren seines Hofes vor.

Glänzende Namen hallen an Friedrichs Ohr vorbei. Als er aber hört: Fürst und Fürstin von Leuchtenburg — das schrickt er auf. Seine Blide treffen die Fürstin, die ihn mit großen, fragenden Augen ansieht.

„Alles Blut steigt ihm zu Herzen, und aus seinen Augen lobert ein kraftvolles Feuer.“

Wie im Traume geht er weiter und verbeugt sich mit jeltendem Anstande vor den Anwesenden.

(Fortsetzung folgt.)

Besonders gefährlich sind im Monat Mai Kälteeintritte. Da das Pflanzen- und Tierleben seiner höchsten Entfaltung entgegensteht, kann plötzlich hereinbrechende Kälte schweren Schaden anrichten. Unter den Kältefröhen sind die bekanntesten die sogenannten strengen Hetzen oder Eisheiligen, auch Eismänner genannt, Mamertus, Pancratus und Servatius vom 11. bis 13. Mai. Seit Jahrhunderten ist es überliefert, daß an diesen Tagen die Gefahr starker Abkühlung groß ist, und man erwartet allgemein Schaden bringende Fröhe. Es ist übrigens interessant, daß diese Kälteeintritte tatsächlich häufig im Mai zwischen dem 11. und 13. einsetzten sind. Aber es ist auch vorgekommen, daß sie sich verzögert oder verspätet haben. Ihr Auftreten selbst hat durchaus periodischen Charakter, d. h. mehrere Jahre hintereinander erleben wir Kältefröhe, während sie dann wieder eine Zeitlang ganz ausbleiben. Die eigentlichen Ursachen der Kältefröhe kennt man nicht, obwohl darüber schon einsetzende Untersuchungen angestellt wurden.

Der Mai bringt im allgemeinen schon erhebliche Erwärmung. In den warmen Monaten fällt der Beginn der Reisezeit, da viele schon jetzt ihren Urlaub antreten. Reisen im Mai sind im allgemeinen zu empfehlen, da die Tage rasch länger werden und auch die Entwicklung in der Natur mit Riesenschritten vorwärts geht. In wirtschaftlicher Beziehung hofft man, daß der Mai endlich eine kühleren Entlastung der uns so bedrückenden Arbeitslosigkeit bringt. Im Vergleich zu den Vorjahresdaten ist die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre erschreckend hoch, da die saisonmäßige Belebung leider durch große Arbeiterentlassungen vielfach wieder wettgemacht wurde. Für die weitere Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes wird es vor allem darauf ankommen, welchen Umfang die Tätigkeit im Bauwesen annimmt.

Berthelmann O. A. Ehlingen, 30. April. (Kindstötung.) Wegen dringenden Verdachts, ihr Kind gleich nach der Geburt durch Erstickung getötet zu haben, wurde eine Frau an das Amtsgericht Ehlingen eingeliefert.

Dettingen a. G. O. A. Urach, 30. April. (Brand.) Abends brach auf bis jetzt noch unbekannter Weise in dem Doppelwohnhaus der Familien Bögel und Hanselmann Feuer aus und zerstörte beide Wohnhäuser bis auf die Grundmauern. Die Ortsfeuerwehr und die Feuerwehr der Papierfabrik Dettingen erschienen alsbald am Brandplatz und beschränkten das Feuer auf seinen Herd.

Kottenburg, 30. April. (Uebereilter Protest.) Klammenden Protest gegen die Vorschläge des Reichspar-Kommissionars erhebt die Kottener Zeitung, der das Gutachten mit der Bestätigung der Aufhebung des Oberamts und des Amtsgerichts Kottenburg der Stadt Kottenburg das Todesurteil spreche. Die Rolle Kottenburgs als Bischofsstadt werde in dem Gutachten völlig ignoriert. Dem Reichspar-Kommissionar sei es vorbehalten gewesen, Kottenburg auf die schwarze Liste zu setzen. Gegen die empfohlene Degradierung der Bischofsstadt müsse Protest erhoben werden.

Göppingen, 30. April. (Ertrunken.) Mittags ereignete sich bei dem oberen Mühlseifenhof, Gemeinde Ottenbach, ein Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel. Der 19jährige Hermann Mühlseifen wollte mit einer Pumpe in einen beim Hof gelegenen Brunnen schacht freigen, wobei er ausglitt und in den sechs Meter tiefen Schacht stürzte. Da ihm nicht gleich Hilfe gebracht werden konnte, ertrank er darin.

Heilbronn, 30. April. (Abrechnung.) Nach dieser endgültigen Abrechnung des Landesturnfestes betragen die Einnahmen 119 140.53 RM., die Ausgaben 141 994.43 RM., somit das Defizit 22 853.90 RM., zu dessen Deckung die Stadt den früher bewilligten Garantiefonds von 10 000 RM. und weitere Nachlässe an Forderungen mit 400 RM., der Turnkreis Schwaben mit 3200 RM. und die Garantiescheiner 653.90 RM. beitragen.

Mühlacker, 30. April. (Unfall.) Gestern ereignete sich am Bau des hiesigen Deutschland-Großenders ein Unfall. Als die Eisenständer zum Maschinenhaus aufgestellt waren, wurden vier davon infolge ihrer großen Angriffsflächen vom Sturm erfasst und umgeworfen. Ein auf den Ständern beschäftigter Arbeiter wurde abgeworfen, doch blieb er glücklicherweise unversehrt.

Blauselden O. A. Gerabronn, 30. April. (Ein Kind ertrunken.) In einem unbewachten Augenblick fiel ein 2½jähriges Mädchen, Entkelkind der Familie Janzinger, in einen Brunnen und ertrank. Obwohl sofort nach dem Auffinden ärztliche Hilfe zur Stelle war, hatten Wiederbelebungsversuche keinen Erfolg.

Neue Autolinie Württemberg—Baden

In Hornberg fand am vergangenen Montag eine Versammlung von Vertretern von Städten, Gemeinden und Behörden verschiedenster Art statt, in der das Problem der Errichtung einer Autolinie zwischen Rhein- und Neckartal, zwischen Elzach und Hornberg zur Debatte stand. Von badischer Seite waren viele Gemeinden vertreten, eine Anzahl von Städten hatte ihre Bürgermeister delegiert, Landrat Wöhle von Freiburg war erschienen, ebenso der Kreisratvorsitzende des Kreises Freiburg. Auch die Schwaben waren stark vertreten und zeigten, daß ihnen die neue Autolinie sehr wichtig ist. In allen Ausführungen kam der Wunsch zum Ausdruck, daß die seit zehn Jahren geplante Autolinie, die eine unerlässliche Verbindung zwischen dem württembergischen Gebiet Schramberg—Freudenstadt—Oberndorf darstellte, dem gesamten Wirtschaftsleben von großem Nutzen sei und daß gerade in dieser Gegend, die in vielen Dingen auf Fremden- und Durchgangsverkehr angewiesen sei, kein Mittel unversucht gelassen werde, um die Verhältnisse zu bessern und zu heben.

Der Vertreter der Reichspost, Reichsposttrat Malgacher-Konstanz erhob verschiedene Einwände gegen die geplante Linie. So meinte er, die Straße wäre in einem der Verkehrssicherheits nicht genügenden Zustand, auch bezweifelte er die Wirtschaftlichkeit der geforderten Linie, wie ihre Notwendigkeit. Von allen Seiten, besonders aber

auch von schwäbischer, wurde ihm entgegengehalten, daß die seit zwei Jahren bestehende Linie Schramberg—Hornberg auch als nicht rentabel bezeichnet worden sei, daß sie sich aber nun wirklich gut rentiere. Kreisratvorsitzender Kopf und Oberbürgermeister Ritter-Schramberg traten in längeren Ausführungen warm für das Projekt ein und betonten immer wieder die Bindungen, die zwischen dem badisch-württembergischen Randgebieten beständen und die mehr sind als nur wirtschaftlicher Art. Auch Bürgermeister Kölmel-Hornberg, sowie Gemeinderat und Sparfassenverwalter Mangold setzten sich für das Zustandekommen der Autolinie ein und forderten die Anwesenden auf, alles zu tun, um dem für die gesamte Gegend wichtigen Plan Erfolg zu verschaffen. Die über die Rohhalde geplante Autolinie erfährt von verschiedenen Fachleuten — Verkehrsleuten und technischen Fachleuten — eine ihrer Bedeutung entsprechende Würdigung. Wohl gibt es noch Hemmungen aller Art, die Geldfrage ist wohl die wichtigste, aber die Hoffnung, daß der lang gehegte Plan nun Wirklichkeit werden soll, besteht und treibt voran. Ein frohes und gemüthliches Beisammensein vereinte die zahlreich erschienenen Gäste in Hornberg und zeigte ihnen anlässlich eines schönen Spaziergangs die Frühlingsschönheiten des Schwarzwaldes zur Zeit der Kirchenblüte in den schönsten Farben.

Eine Resolution, die einstimmige Annahme fand, wurde an die Reichspost gerichtet und die Bitte geäußert, alles zu Rheinebene und Neckartal, zwischen Elstal und Gutachtal tun, um die wirklich notwendige Verbindung zwischen zu schaffen.

Handel und Verkehr

Hauptversammlung der Landesproduktionsbörse Stuttgart

Die Landesproduktionsbörse Stuttgart E. V. hielt ihre ordentliche Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende M. Hiesinger führte u. a. aus:

Das Jahr 1929 ist insbesondere auch für den Getreide-, Mehl- und Futtermittelhandel ein Krisenjahr gewesen. Die schwere Notlage der Landwirtschaft ist fühlbar geworden. Das eingeführte Getreidesystem hat die Unsicherheit im Geschäft noch weiter verstärkt und die Lage verschlechtert. Die Mitgliederzahl ist auf 340 zurückgegangen (64 weniger), ebenso die Zahl der Börsenbesucher auf 248 (51 weniger). In den letzten Wochen wurde vom Reich das Reismonopolgesetz erlassen. Wir haben uns lebhaft bemüht, eine Zweigiederlassung bzw. eine Vertretung der Monopolverwaltung für Württemberg in Stuttgart zu erreichen.

Der Bericht über den Getreidehandel stellt fest, daß das Berichtsjahr im Zeichen heftiger Preisschwankungen, sowie zahlreicher behördlicher Eingriffsmassnahmen stand. Große Weltvorräte bei rückgängigen Verbrauchssiffern leiten im In- und Auslande den Regierungen die Absicht nahe, dem Markte Stützpunkte und abzufördernde Unterstützung zuteil werden zu lassen. Ueber eine faktische Auswirkung der neuen deutschen Zölle ließ sich eine Uebersicht deshalb noch nicht gewinnen, weil bei ihrer vorzeitigen Bekanntgabe auch diesmal wieder eine starke Preisbindung erfolgte. Das Ausmaßungsgebot hat sich in der beabsichtigten Wirkung als nicht erfüllt. Es hat gesicherten Absatz und angemessene Preise für den einheimischen Weizen gebracht. Der Roggen, der die mannigfaltigsten Phasen staatlicher Fürsorge erlebt, ist ein Schmerzenskind geblieben. Die Ernte in Hefer war sehr groß. Der süddeutsche Markt blieb, weil die Nährmittelfabriken den Sommerhafer, der ein höheres Stickstoffgehalt besitzt, vorzogen, im Angebot. So drängte der Hafer zur Ausfuhr. In Braunschweig konnte sich das Geschäft infolge der Zurückhaltung der Brauereien nur langsam, und später als üblich entwickeln.

Die württembergische Mühlenindustrie hatte 1929 den Vorteil, daß Inlandweizen in guter Qualität an den Markt kam. Zoll-erhöhung und Vermählungsmangel brachten große Unruhe in den Mehlhandel; da die württembergischen Mühlen unter sich keine Einigung erzielen konnten, gestaltete sich der Zollaufschlag nach dem Bericht zu einem nicht unempfindlichen Verlust. Dem Mehlhandel hat das Berichtsjahr keine Besserung gebracht. Die Kundenpanne ist bei dem überernten Wettbewerb und den unbilligen Einkaufsverhältnissen immer kleiner geworden und reicht kaum zur Deckung des Rohstoffes. Die Hauptlieferanten des württembergischen Mehlhandels, die Großmühlen am Rhein, sind seit 1. Juli 1927 zu einer vertraglich gebundenen Preislenkung zusammengeschlossen, die bisher nicht zu durchbrechen war. — Raffineriericht 1929 und Voranschlag 1930 wurden durch Sandikus Diller erläutert und ohne Widerspruch genehmigt.

Altgauer Butter- und Käse-Börse Rempten vom 30. April. Molkerei-Butter 119—125, Verkauf: unverändert, Qualitätsaufschlag nach Statistik der Bodmoohe 8,2 Pfennig, Weichkäse 20 Prozent Fettgehalt (grüne Ware) 23—26, Verkauf: abwärts; Altgauer Emmentaler 45 Prozent Fettgehalt 90—110, Verkauf: unverändert. Die Preise sind Erzeugerverkaufspreise ab Station des Erzeugers ohne Verpackung für 1 Pfund.

Schwaben, 29. April. (Preissteigerungen auf dem Spargelmarkt.) Am gestrigen 4. Spargelmarkttag kam es zu einem außerordentlichen Preissturz. Spargel 1. Sorte wurde zunächst mit 70 Pf. pro Pfund gehandelt, der Preis ging dann auf 60 und 50 Pf. zurück. Da Privatkaufleute nicht mehr auftraten, übernahmen die Händler am Marktabschluss große Posten zum Preise von 40 Pf. für die 1. Sorte. Die Zufuhr betrug 25 Zentner. Notierung: 1. Sorte 40—70 Pf., häufigster Preis 40 Pf., 2. Sorte 30—40, 3. Sorte 20 Pf.

Öffentlicher Sprechsaal.

Für Einwendungen unter dieser Rubrik übernehmen wir nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Postkraftwagenführer

Vom Postamt Altensteig wird uns geschrieben: Die Postkraftwagenführer sind als Beamte angestellt, es ist ihnen daher nicht gestattet, ohne Erlaubnis der vorgesetzten Behörde Nebenbeschäftigungen zu betreiben. J. B. darf ein Postkraftwagenführer nicht einen eigenen Wagen halten, um mit demselben Fahrten gegen Bezahlung auszuführen. Ein Beamter, der gegen dieses Verbot handelt, begeht eine Unterdienstlichkeit gegen seine Verwaltung, der er seine volle Kraft zur Verfügung stellen soll. Er verlegt sich aber auch gegen den einschlägigen Geschäftsmann, der Umsatz- und Gewerbesteuer von seinem Betrieb zu entrichten hat und der von dem Ertrag seiner Arbeit sein Leben fristen muß. Die Fahrgäste werden erlucht, solche Postkraftwagenführer nicht zu unterstützen, sondern dem seine Steuern zahlenden Fahrunternehmer die Aufträge zukommen zu lassen. Auf jeden Fall lehnt es das Postamt ab, solche Nachgeschichten aufzunehmen. Es bittet, ihm solche Fälle mitteilen zu wollen, damit es gegen die Schuldigen einschreiten kann.

Letzte Nachrichten

Tangens Rücktritt angenommen

Berlin, 30. April. Der Geschäftsführende Vorstand des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Demokratischen Partei stimmte, wie die „Vossische Zeitung“ meldet, in einer in Kiel abgehaltenen Sitzung dem Rücktritt des von seinem Reichstagsmandat zurückgetretenen Abgeordneten Tangens zu. Frau Dr. Emilie Kiep-Altenloh wird das freigewordene Reichstagsmandat übernehmen.

Uebertritt Professor Hellpachs in die Volkskonserervative Vereinigung

Berlin, 30. April. Professor Hellpach, der schon vor einiger Zeit aus der demokratischen Reichstagsfraktion ausgetreten war, aber vorläufig in den Reihen der demokratischen Partei geblieben war, ist, wie die „D.A.Z.“ aus Heidelberg berichtet, der Volkskonservativen Vereinigung beigetreten. Dieser Schritt, so erklärt das Blatt, erhält um so größere Bedeutung, als dem Vernehmen nach gleichzeitig andere namhafte demokratische Politiker, darunter auch Mitglieder der jetzigen Reichstagsfraktion, Hellpachs Beispiel folgen wollen.

15. Mai Inangangsetzung des Neuen Plans?

Berlin, 1. Mai. Sobald die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ihre laufenden Geschäfte in vollem Umfange aufgenommen hat, wird der bisherige Generalagent Parker Gilbert seine amtliche Tätigkeit einstellen. Man erwartet noch einen Schlussbericht und den Rechnungsabschluss des Generalagenten, der dabei seinen Standpunkt zur Ueberleitung des Damesplanes in den Neuen Plan darlegen dürfte. Nachdem nunmehr durch die Lösung der lange umstrittenen Ostreparationsfrage die letzten Hindernisse für die Inangangsetzung des Neuen Planes hinweggefallen sind, erwartet man, dem „Berliner Tageblatt“ zufolge, daß längstens am 15. Mai die noch ausstehenden rein formalen Bedingungen für die förmliche Inangangsetzung des Neuen Plans geschaffen werden.

Um die Aufhebung des Stahlhelmsverbots

Berlin, 1. Mai. Die vom Reichsanwalt Brüning wegen der Aufhebung des Stahlhelmsverbots für Rheinland und Westfalen gewünschte Besprechung zwischen Ressorts des Reiches und dem preußischen Innenministerium ist, laut „Börse-Zeitung“, von Reichsinnenminister Dr. Wirth zum 9. Mai einberufen worden.

Zusammenstoß am Vorabend des 1. Mai

Berlin, 1. Mai. In den äußeren Stadtteilen Berlins fanden bereits am gestrigen Vorabend Versammlungen und Demonstrationen statt. In Köpenick trafen Nationalsozialisten mit Kommunisten zusammen. Dabei schoß ein Kommunist in die Gruppe der Nationalsozialisten und verletzte einen Nationalsozialisten durch einen Brustschuß. Der Kommunist entzog sich seiner Festnahme durch die Flucht und gab auf seine Verfolger noch mehrere scharfe Schüsse ab, die aber ihr Ziel verfehlten. In der Sprengelstraße im Norden Berlins kam es gestern abend zwischen einer Gruppe der Hitlerjugend, die mit Musikinstrumenten von einer Veranstaltung kamen, und Rotfrontleuten zu einer Schlägerei. Die Kommunisten zerstückten die Musikinstrumente der Hitlerjugend.

Präsident Heinemann bei Hoover

Washington, 30. April. Der Präsident des Norddeutschen Lloyd, Heinemann, wurde heute durch den deutschen Botschafter Dr. v. Prittwitz und Gaffron dem Präsidenten Hoover vorgestellt. Anschließend fand ein Frühstück auf der Botschaft statt.

Lindbergh tödlich abgestürzt?

New York, 30. April. Nach einem bisher unbestätigten Gerücht ist der bekannte amerikanische Flieger, Oberst Lindbergh, der als Erster den Atlantischen Ozean im Flugzeug überquerte, in Panama tödlich abgestürzt.

Wahrscheinliches Wetter für Freitag

Der Einfluß des kontinentalen Tiefdrucks nimmt ab und der nördliche schwache Hochdruck macht sich neuerdings durch Steigen des Barometers und erhebliche Abkühlung bemerkbar. Für Freitag ist zeitweilig heiteres, aber unbeständiges Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer.

Ämtliche Bekanntmachungen

Errichtung eines Schwimmbads.

Frau Rosa Kühne, Waldhornwirts Witwe von Bernsdorf beabsichtigt auf ihrer Parzelle Nr. 917 (rechts der Nagold oberhalb dem Berneder Bahnhof auf Markung Altensteig gelegen) ein Schwimmbad zu erbauen. Das Wasser hiezu soll aus dem Wässergraben entnommen werden, der oberhalb dem Bahnhof vom Köllbach abzweigt und unter dem Bahnhofgelände und der Staatsstraße hindurchgeht. Die Rückleitung des Abwassers erfolgt durch einen Ablaufschacht in die Nagold.

Sie bittet um die erforderliche stützpolizeiliche Erlaubnis.

Einwendungen hiegegen sind binnen vierzehn Tagen vom Tag nach Erscheinen dieses Blattes an gerechnet, hier oder beim Stadtschultheißenamt Altensteig, wo die Pläne eingesehen werden können, anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen, soweit sie nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhen, in diesem Verfahren nicht mehr berücksichtigt werden.

Nagold, den 30. April 1930.

Oberamt: Baitinger.



Altensteig-Stadt.

Ortspolizeiliche Vorschrift betr. das Plakatschlagwesen.

Auf Grund von Art. 2 des Gesetzes vom 27. Juni 1874, betr. Ausführungsbestimmung zu dem Reichsgesetz über die Presse vom 17. Mai 1874, Art. 21 der Bauordnung, § 306 Z. 10 des Reichsstrafgesetzbuches und Art. 51 ff. Landespolizeiordnung, in der Fassung vom 16. Dezember 1921 (Reg. Bl. 1922 S. 21), werden folgende

ortspolizeiliche Vorschriften

erlassen:

§ 1.

Erlaubte öffentliche Anschläge aller Art dürfen nur an den hierfür bestimmten Anschlagjulen und -Tafeln angebracht werden. Ausnahmen kann das Stadtschultheißenamt in besonders begründeten Fällen zulassen. Öffentlich sind alle Anschläge, die von öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen aus sichtbar sind.

§ 2.

Das Anbringen plakartartiger Aufschriften auf Gehwegen, an Gebäuden, Masten, Zäunen etc. durch Aufmalen oder auf sonstige Weise ist verboten.

§ 3.

Die Bestimmung des § 1 findet keine Anwendung auf

- a) Bekanntmachungen öffentlicher Behörden;
- b) eigene geschäftliche Anschläge von Grundstückseigentümern, Mietern oder Pächtern an ihren Grundstücken, Häusern oder Mieträumen, wenn die Anschläge nach Form und Inhalt nicht gegen die öffentlichen Interessen verstößen;
- c) die Kellame der Inhaber von Schaufenstern für gewerbliche Zwecke, Theateraufführungen, Schaustellungen, Konzerte usw., auch wenn diese zu Gunsten Dritter erfolgt.

§ 4.

Jede Art beweglicher Kellame auf öffentlichen Wegen, insbesondere das Umherfahren mit Kellamewagen, das Umhertragen von Plakaten, Bildern etc., das Aufstellen und Umhergehen von Personen zu Kellamезweden, sowie öffentliches Ausrufen ist nur mit ortspolizeilicher Genehmigung gestattet.

§ 5.

Die Anschläge dürfen nur mit Bewilligung der über die Anschlagstellen Verfügungsberechtigten und nur von solchen Personen angebracht und entfernt werden, denen die ortspolizeiliche Erlaubnis hierzu erteilt ist.

§ 6.

Andersufenen ist das Vernichten, Wegnehmen, Unlesbarmachen, oder sonstiges Beschädigen der Anschläge an den öffentlichen Plakatsäulen und -Tafeln verboten.

§ 7.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft.

Altensteig, den 6. März 1930.

Stadtschultheißen:
gez. Pflizenmaier.

Vorstehende ortspolizeiliche Vorschrift wird hiemit bekanntgemacht mit dem Anfügen, daß der Gemeinderat derselben am 12. März 1930 zugestimmt und das Oberamt dieselbe durch Erlaß vom 1. April 1930 für vollziehbar erklärt hat.

Den 28. April 1930.

Stadtschultheißenamt:
Pflizenmaier.

Umzüge und Transporte

besorgt sachgemäß und billig
Julius Wolz, Schreiner, Altensteig.

Altensteig.

Heute frisch eingetroffen:



- Scheffische, mittel 1 Pfd. 40 ₤
- Scheffische, große 1 Pfd. 45 ₤
- Fischfilet, bratfertig 1 Pfd. 50 ₤

bei

Chr. Burghard jr.

Für das Sonntagsblatt bestimmte Inserate

bitten wir frühzeitig aufzugeben, damit es uns möglich ist, den Wünschen unserer Inserenten zu entsprechen.

Freudenstadt.

Möbel- und Holzlager- Versteigerung.

Aus der Konkursmasse der Firma **Paul Kay, Kauf-
folger, Möbelfabrik** in Freudenstadt (Inhaber: W. Zei-
ninger daf.) kommt das ganze Lager an fertigen und nicht-
fertigen Möbeln, das Holzlager und sonstige Vorräte
in Freudenstadt, Bahnhofstraße 16/18
gegen Barzahlung zur Versteigerung und zwar:

Am Mittwoch, den 7. Mai 1930, von 8 Uhr vormittags an:

- 1 Herrenzimmer (Birke-gemischt), 3 eichene Schlafzimmer,
- 1 Birke-Schlafzimmer (roh), 1 weißlackiert, tauen. Schlaf-
zimmer (Isch), 16 Birnbaum-Schlafzimmer (poliert) —
teils nahezu fertig, teils nur gebeizt, teils bank- und
maschinenfertig —, 3 Nuhbaum-Schlafzimmer (bank- und
maschinenfertig), 1 Birke-Schlafzimmer (bankfertig),
- 4 Eichen-Schlafzimmer (bankfertig), 24 Birnbaum-
Schlafzimmer (nicht fertig, teils furniert, teils maschinen-
fertig), zugeschnittenes Holz zu 24 Schlafzimmern, ca.
2000 qm Furniere aller Art, versch. fertige und rohe
Zimmer- und Küchenbuffets, Kredenzen, Glaschränke,
Bücherchränke, Frisiertoiletten, Nachttische, Waschkom-
moden, Bettladen, Flurgarderoben, 1 Rolladenstreich-
tisch (roh) und sonstiges.

Am Donnerstag, den 8. Mai 1930, von 8 Uhr vorm. an:

- Fertige und rohe Stühle und Sessel, Patentmatrassen,
Vorrat an Spiegel- und sonstigem Glas, Beschläge, Sei-
zen und Polituren, 6 Hobelbänke, 11 Doka-Waschappa-
rate, 3 Wagenbeden, 1 Elektromotor für Gleichstrom
(2,2 KW), ferner gebraucht: 1 Schreibtisch, 2 Bücher-
chränke, 3 Federstühle, 1 Kassenstank, Altenegeale,
Tische, Stühle, 1 Schreibmaschine (Stoewer-Record),
Reihordner, 5 Minimazapparate und sonstiges.

Am Freitag, den 9. Mai 1930, von 8 Uhr vormittags an:

- ca. 80 ehm Holzvorräte versch. Art, Abfallholz etc., ca.
40 Jtr. Kohlen, 5 Schuppen zum Abbruch (5/5 m, 5/5 m,
12/5 m, und 10/7/5 m), ca. 50 m Rollbahngelände, mit
3 Drehschneidern und 1 Rollwagen und sonstiges.

Liebhaber sind eingeladen. Günstige Kaufsgelegenheit
für Möbelfabrikanten und Möbelhändler, Schreinermeister
und Private.

Das ganze Lager kann am Dienstag, den 6. Mai 1930,
nachmittags 3—6 Uhr besichtigt werden.

Dornstetten, den 28. April 1930.

Der Konkursverwalter:
Bezirksnotar Benz.

Neuweiler, den 30. April 1930.

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und
Teilnahme beim Hinscheiden unserer lieben Mutter

Christine Schleicht

für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer
Schwälgle, für den erhebenden Gesang des Sängers-
chors und besonders noch den Herren Ehrenträger,
sowie für die vielen Kranz- und Blumenpenden
und allen, die sie zur letzten Ruhe begleiteten,
sagen herzlichsten Dank.

Die trauernden Kinder.

Ziehung 20. Mai 1930.
6. Geld-Lotterie
zur Wiederherstellung der
Frauenkirche in Eßlingen
194. Geldgewinne

12500 RM
6000 RM
5000 RM
1000 RM

Lospreis 1 M. Porto
und Liste 30 Pfennig empfiehlt
Eberhard Felzer
Stuttgart, Friedrichstraße 26
Postcheckkonto Stuttgart 8413,
sowie alle durch Plakate kenntl.
Verkaufsstellen

Hier bei: W. Rieter'sche
Buchhandlung, Altensteig.

Inserate
haben jederzeit Erfolg

**Frischgeblätternen
Spinat**
empfiehlt
Heinrich Walz
Altensteig
Karlsruh. — Telefon 116.

Altensteig.

**Eiserne
Bettstellen**

für Kinder und Erwachsene
Stahlsprungfeder-Matrassen
nach jedem Maß hat vorrätig
und liefert zu Fabrikpreisen.

Karl Henssler senior
Eisenhandlung
beim neuen Postamt.



2.
DIE
KNICK-
PROBE

Ob eine Schuhcreme das Leder
pflegt oder ruiniert wird meist erst
festgestellt, wenn es zu spät ist.
Ätzende Schuhcreme — es gibt
mehr als der Laie ahnt — findet
gerade in den Gehaltengünstigen
Angriffspunkte.
Pilo enthält kein Atom ätzender
Bestandteile. Bei Laboratoriums-
versuchen wurden Schuhe, die nur
mit Pilo behandelt waren, rund
60000 mal geknickt. Selbst mit
der Lupe konnten
nach dieser Gewaltprobe
nicht die geringsten Veränderun-
gen am Oberleder festgestellt
werden.

PILO
pflegt und schützt wahrhaftig Ihre
Schuhe. 29/4

Simmersfeld, den 30. April 1930

Danksagung



Für die überaus herzliche Teilnahme beim
Hingang meines lieben Gatten, unseres treube-
sorgten Vaters, Schwiegervaters, Großvaters,
Bruders und Onkels

Friedrich Geigle

Schneidermeister

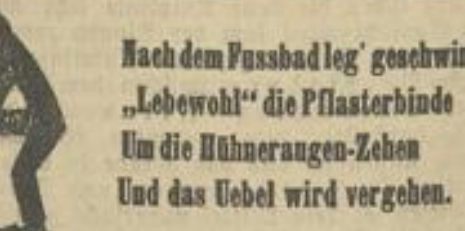
sowie für die vielen Besuche während seiner schweren
Krankheit sagen wir Allen unsern innigsten Dank.
Insbesondere danken wir herzlich für die tief-
empfundenen Worte des Herrn Pfarrer Rehm,
für den warmen Nachruf des Herrn Schultheiß
Rehger, für die ehrenden Worte des Krieger-
vereinsvorstandes und für den letzten Gruß der
Schneider-Innung Nagold, auch für den erheben-
den Gesang des Sängers unter der bewährten
Stabführung des Herrn Hauptlehrer Elsh.

Die trauernden Hinterbliebenen.

P. P.

Der verehrten Kundschaft meines verstorbenen
Vaters danke ich für das ihm entgegengebrachte
Vertrauen und bitte ich solches auch auf mich
übertragen zu wollen. Das Geschäft führe ich
weiter mit dem Bestreben die Kundschaft in gleicher
Weise zu befriedigen.

Hochachtung
Hermann Geigle, Simmersfeld.



Nach dem Fußbad leg' geschwinde
„Lebewohl“ die Pflasterbinde
Um die Hühneraugen-Zehen
Und das Uebel wird vergeben.
**Hühneraugen-Lebewohl und Lebewohl-Ballen-
scheiben Blechdose (8 Pflaster) 75 Pfg., Lebewohl-
Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß-
Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg., erhältlich in Apotheken
und Drogerien. Sicher zu haben bei**
Fr. Schlumberger, Schwarzwald-Drog., Poststr. 250

